

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 spbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB fordert die Bundesregierung auf, ihren Versuch, die Null-Lösung zu verhindern, aufzugeben: Die Pershing I a-Position endlich räumen.

Seite 1

Rudolf Scharping MdL rechnet nach, welche Belastungen die Steuerreform für Rheinland-Pfalz bringt: Stoltenberg droht Land und Gemeinden finanziell zu ruinieren.

Seite 3

Hans Büchler MdB begrüßt, daß mehrere Bundesländer der Erfassungsstelle in Salzburg die Finanzierung gestrichen haben: Relikt des Kalten Krieges hat ausgedient.

Seite 4

Norbert Gansel MdB fragt nach den Aktivitäten der bundeseigenen Fritz Werner GmbH: Wurde das Parlament über Waffenlieferungen in die Golf-Region belogen?

Seite 5

Dokumentation

Eine Bremer Erklärung gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus haben die demokratischen Parteien, die Kirchen und Gewerkschaften sowie andere Organisationen in der Hansestadt verabschiedet.

Verlag, Redaktion und Druck Seite 6

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

42. Jahrgang / 141

29. Juli 1987

Die Pershing I a-Position endlich räumen

Bonn muß seinen Versuch, die Null-Lösung zu verhindern, aufgeben

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Nach der jüngsten Gorbatschow-Offerte für eine vollständige weltweite Null-Null-Lösung bei allen landgestützten Mittelstreckenraketen über 500 km sind sich alle internationalen Betrachter einig: das einzige noch vorhandene Hindernis ist das Beharren der Bundesregierung auf dem Verbleib ihrer 72 Pershing Ia-Raketen.

Die Pershing I a ist das letzte Mittel der notorischen Null-Lösungs-Verhinderungsstrategen in der CDU/CSU und im Verteidigungsministerium.

Die deutsche Öffentlichkeit darf sich aber in dieser Frage von der Bundesregierung nicht einläßen lassen.

Es ist unverantwortlich, die Rolle der Pershing I a-Raketen als nebensächlich einzustufen: wenn der - vor der letzten Gorbatschow-Offerte - zunächst geplante Verbleib von 100 SS 20-Raketensprengköpfen im asiatischen Raum ein Verständigungs-



hindernis war, kann man nicht jetzt von Bonner Seite aus erwarten, daß die Sowjetunion 72 Pershing I a-Raketen der Bundeswehr als harmloses Spielzeug betrachten soll.

Dies gilt umso mehr, als Verteidigungsminister Wörner unverdrossen auf eine Modernisierung und Vermehrung der Pershing I a-Raketen drängt und mit Hilfe französischer Atomraketen einen Ausgleich für wegfallende amerikanische Atomraketen sucht.

Völlig unabhängig von der Frage, ob die Sowjetunion bei den Verhandlungen den Pershing I a-Verbleib akzeptiert oder nicht, verstößt die Bundesregierung mit ihrer Haltung gegen die deutschen Sicherheitsinteressen: bei einem Verbleib der Pershing I a bei gleichzeitiger amerikanisch-sowjetischer Null-Lösung wäre die Bundesrepublik das einzige Land der Welt, in dem es noch Mittelstreckenraketen gibt.

Wir wären damit dem exklusiven Risiko von frühzeitigen Gegenschlägen auf die Pershing I a-Stellungen ausgesetzt. Ein Verbleib der Pershing I a wäre atomares Gift für die Bundesrepublik Deutschland.

Aus abrüstungs- und aus sicherheitspolitischen Gründen ist das Beharren der Bundesregierung auf der Pershing I a nicht akzeptabel. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Pershing I a-Position endlich zu räumen.

(-/29.7.1987/rs/ks)

* * *



Milliardenbelastungen für Rheinland-Pfalz

Stoltenberg droht Land und Gemeinden finanziell zu ruinieren

Von Rudolf Scharping MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Aufgrund der falschen Einschätzung der Bundesregierung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1987, die vor der Bundestagswahl absichtlich überhöht und zu optimistisch dargestellt wurde, hat die Steuerschätzung vom Mai 1987 Steuerausfälle für die öffentlichen Haushalte in den Jahren 1987 bis 1990 von insgesamt 60 Milliarden DM ergeben.

Das bedeutet Steuerausfälle:

- Für den Landeshaushalt Rheinland-Pfalz von 1987 bis 1990: 1.005 Millionen DM,
- für die Gemeindehaushalte in Rheinland-Pfalz von 1987 bis 1990: 665 Millionen DM.
- Also Ausfälle in Rheinland-Pfalz von zusammen 1.670 Millionen DM.

Bei der Steuerschätzung vom Mai 1987 ist lediglich das Wachstum des Bruttonettoprodukts für 1987 korrigiert worden. Folgt man den Annahmen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth über das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik, dann ist 1987 bis 1990 mit weiteren Steuerausfällen in Milliardenhöhe zu rechnen; allein 1990 mit zusätzlichen Steuerminder-einnahmen von rund 20 Milliarden DM.

Diese konjunkturbedingten Steuerausfälle müssen in den Haushalten der Länder und Gemeinden durch Ausgabenkürzungen und Erhöhung der Verschuldung verkraftet werden. Die verkleinerte Ein-nahmendecke soll nach den Plänen der Bundesregierung aber noch weiter entscheidend verkürzt werden.

Die geplanten Steuersenkungen 1990 in Höhe von über 44 Milliarden DM scheinen ein Ausdruck finanzwirtschaftlichen Größenwahns zu sein. Tatsächlich sind sie ein wirksames politisches Instru-ment, um den Staat endlich arm zu machen - was die erklärte Absicht der CDU/FDP-Koalition ist.

Die Steuersenkung 1990 einschließlich des schon 1988 vorgezogenen 5,2-Milliarden DM-Teils hat für Rheinland-Pfalz folgende Konsequenzen:

- Für den Landeshaushalt Rheinland-Pfalz 1988 bis 1990: 1.235 Millionen DM an Steuerausfällen,
- für die Gemeindehaushalte in Rheinland-Pfalz 1988 bis 1990: 405 Millionen DM an Steueraus-fällen.
- Zusammen: 1.640 Millionen DM an Steuerausfall.

Allein durch die Steuerschätzung vom Mai 1987 sind für das Land und die Gemeinden von Rhein-land-Pfalz 1987 bis 1990 soviel an Steuerausfällen zu verkraften, wie die Steuerentlastung 1990 noch einmal kosten soll. Stoltenberg und die Bundesregierung zwingen Länder und Gemeinden in eine astronomische Verschuldung. Die Gemeinden müssen ihre Investitionen massiv kürzen und die Dienstleistungen für ihre Bürger weiter einschränken.

Die Steuerentlastung 1990 muß im Interesse von Ländern und Gemeinden und im Interesse der Bür-gerschaft auf ein realistisches Maß zurückgenommen werden.

Notwendig ist eine Gemeindefinanzreform, die die Investitionskraft der Gemeinden stärkt, eine aktive Beschäftigungspolitik, die eine Entlastung der Sozialpolitik bedeutet und eine Neuregelung des Finanzausgleichs, die die Selbstverwaltung der Gemeinden und den Föderalismus nicht zur Farce werden läßt.

(-/29.7.1987/rs/ks)



Die Erfassungsstelle Salzgitter hat ausgedient

Einem Relikt des Kalten Krieges werden Finanzmittel entzogen

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Die Maßnahmen verschiedener Bundesländer, ihren Beitrag zur Finanzierung der zentralen Erfassungsstelle Salzgitter zu streichen, kann nur begrüßt werden. Die Erfassungsstelle hat ausgedient (vor allem nach den jüngsten Beschlüssen der DDR) und ist ein dauerndes Ärgernis in den deutsch-deutschen Beziehungen.

Aber nicht nur deshalb ist sie abzuschaffen. Sie ist auch sonst äußerst fragwürdig, indem sie Menschen in der DDR mit einer Bestrafung bedroht, weil sie sich an die Gesetze und Vorschriften ihres Staates halten, sie aber nicht schützen kann, wenn sie dort, wo sie leben, Befehle verweigern oder Gesetze mißachten.

Vom sicheren Hort eines demokratischen Staates wird indirekt von anderen, die den Schutz des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung nicht genießen, ein, auch persönliches, Opfer verlangt, zum Beispiel Gefängnisstrafen in Kauf zu nehmen oder den Beruf nicht mehr ausüben zu können. Dazu haben wir kein moralisches Recht.

Ein Staat, der bis heute nicht in der Lage ist, Nazi-Richter zur Verantwortung zu ziehen, hat nicht die hohe moralische Position einem Richter in der DDR die Mißachtung des dortigen Republikfluchtparagraphen absolut abzuverlangen.

Wenn die Erfassungsstelle in irgendeiner Weise nennenswerte Beiträge zur Anklage oder Verurteilung von Straftaten, die bei uns lebende Bürger in der DDR begangen haben, geleistet hätte, oder von ihrer Existenz tatsächlich in einem großen Umfang ein milderer Verhalten von Grenztruppen oder Richtern ausginge, die Erfassungsstelle also irgendeinen rechtlichen oder humanitären Sinn hätte, würden auch diesen Aspekten politische und moralische Argumente entgegenstehen. Aber die Erfassungsstelle leistet beides nicht.

Mir ist von vielen Übersiedlern bekannt, daß die Erfassungsstelle sogar als Argument benutzt wird, DDR-Bürger von Ihrem Ausreisewunsch abzubringen.

Kurz: die Erfassungsstelle ist ein Relikt des Kalten Krieges, und erfüllt selbst die ihr ursprünglich gestellten Aufgaben nicht einmal im Ansatz. Sie ist überflüssig, und das ist nun auch einigen Bundesländern aufgefallen.

(-/29.7.1987/rs/ks)



Ist das Parlament belogen worden?

Zu den Aktivitäten der bundeseigenen Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH

Von Norbert Gansel MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der
SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Fraktion erwartet von der Bundesregierung eine Stellungnahme zu den „Spiegel“-Veröffentlichungen über umfangreiche Rüstungslieferungen der bundeseigenen Firma „Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH“, die an die kriegführenden Staaten am Golf gegangen sind, vor allem an den Iran, aber auch an den Irak.

Die vom „Spiegel“ zum Teil durch Dokumente nachgewiesenen Lieferungen von Produktionsplänen und -einrichtungen, zum Beispiel für 35.000 Arash-Raketen und 25.000 Panzerabwehrraketen, für den Bau von Napalmbomben, Flackgeschossen und Infantriewaffen und für die Produktion von weiterreichenden Bodenraketen sind ein schlimmer Verstoß gegen die von der Bundesregierung immer wieder beteuerte „strikte Neutralität im Golfkrieg“. Die Erklärung des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Schäfer, seit Ausbruch des Krieges seien mit Genehmigung der Bundesregierung nur „Ersatzteile und Verschleißteile für Maschinen und Industrieausrüstungen“ in den Iran geliefert worden, entspricht nicht der Wahrheit. Der Staatsminister hat entweder das Parlament belogen, oder das Auswärtige Amt ist von dem für die Genehmigungspraxis zuständigen Bundeswirtschaftsministerium oder dem für die wirtschaftliche Führung des Unternehmens letztlich verantwortlichen Bundesfinanzministerium falsch informiert worden. Die bislang unbeschädigte Glaubwürdigkeit von Staatsminister Schäfer läßt die zweite Alternative als wahrscheinlich erscheinen. Dafür spricht auch, daß nach Angaben des „Spiegels“ für die Rüstungsgeschäfte Tarnbezeichnungen in Bezug auf Absender und Gegenstände gewählt worden sind.

Die SPD-Fraktion verlangt von der Bundesregierung eine unzweideutige Erklärung, daß alle Rüstungslieferungen an die kriegführenden Staaten im Golfkrieg eingestellt werden. Sie verlangt von der Bundesregierung die strikte Einhaltung der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 20. Juli 1987, die „alle Nationen zur äußersten Zurückhaltung und zum Verzicht auf alle Handlungen, die zur weiteren Eskalation des Konflikts führen könnten“, aufgerufen hat.

Die SPD-Fraktion erwartet, daß Bundesfinanzminister Stoltenberg, der letztlich für eine ordentliche Geschäftsführung in den Bundesunternehmen verantwortlich ist, auch Ordnung und Klarheit in den Bundesunternehmen schafft. Die vom „Spiegel“ aufgedeckte Geschäftspolitik und -mentalität der Spitzenmanager dokumentiert in einer erschütternden Weise, wie ein Unternehmen verkommen kann, das mit einer „liberalisierten Rüstungsexportpolitik“ und augenzwinkerndem Wohlwollen höchster Politiker an einem Krieg zu verdienen versucht, der sich inzwischen zu den mörderischsten und gefährlichsten militärischen Auseinandersetzungen nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat.

(-/29.7.1987/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Bremer Erklärung gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus

Unter dem Eindruck der im Bremer Wahlkampf zunehmenden neonazistischen Aktivitäten haben die demokratischen Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften und die Israelitische Kultusgemeinde sowie der Dachverband der Ausländerkulturvereine in der Hansestadt eine „Bremer Erklärung gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus“ verabschiedet. Wir dokumentieren sie im Wortlaut.

Die Wahlpropaganda der Deutschen Volksunion (DVU) in Form von großformatigen Zeitungsanzeigen, Plakaten, Postwurfsendungen und den eventuell auch noch zu erwartenden Werbespots in Funk und Fernsehen erfüllt die Unterzeichner mit Sorge.

Wir sehen darin ein Signal, daß neofaschistische und ausländerfeindliche Kreise ihre Aktivitäten in Bremen ausweiten wollen und als erstes Ziel die Bürgerschaftswahlen im Herbst des Jahres ins Auge fassen.

Obwohl es sich nach Einschätzung der Unterzeichner um eine zahlenmäßige Minderheit handelt, müssen alle demokratischen Kräfte den Anfängen von organisierter Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus entschieden entgegentreten.

Als Demokraten wollen wir weiterhin jegliche Versuche unterbinden, bestehende Formen guten Zusammenlebens und von Freundschaft zwischen Ausländern und Deutschen nachhaltig zu stören.

Die Unterzeichner unterstützen die vielfältigen Bemühungen von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und zahlreichen weiteren Organisationen und Initiativen, die auf Verständnis, Toleranz und Stärkung der rechtlich-sozialen Situation von Ausländern ausgerichtet sind.

Wenn wir diese bereits existierende Basis verbreitern, wird der ausländerfeindlichen Propaganda der Boden entzogen!

Die Unterzeichner unterstützen alle Versuche von Ausländern und Deutschen, die sich gegen undemokratische und menschenverachtende Aktivitäten zur Wehr setzen, damit sich die unheimlichen Erfahrungen der Vergangenheit von der Diskriminierung bis zur Vernichtung von Menschen anderer Kulturen nicht wiederholen!

(-/29.7.1987/rs/ks)

* * *

